

## **Vorwort**

**STATT Partei** DIE UNABHÄNGIGEN hat sich am 30. Juni 1993 als Vereinigung Hamburger Wählerinnen und Wähler mit dem Ziel gegründet, der steigenden Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Engagierte Bürger und Bürgerinnen der Stadt waren nicht mehr bereit, tatenlos zuzusehen, wie sich die Politik der Stadt mehr und mehr verselbständigte. Innerhalb von 80 Tagen gelang es **STATT Partei** - erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland - aus dem Stand in ein Landesparlament einzuziehen. Dies allein erschütterte bereits das politische Fundament der etablierten Parteien. Doch als dann noch der damalige Erste Bürgermeister von Hamburg - Dr. Henning Voscherau - zu erkennen gab, daß er bereit sei, mit **STATT Partei** über die Bildung einer Landesregierung ernsthafte Gespräche zu führen, war die Überraschung perfekt. Die Gespräche verliefen erfolgreich und **STATT Partei** regierte 4 Jahre lang mit der SPD zusammen erfolgreich die Freie und Hansestadt Hamburg.

Der erfolgreiche Abschluß der Kooperationsvereinbarungen zwischen SPD und **STATT Partei** 1993 war dann die Signalwirkung für viele Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland, diesem Beispiel zu folgen und in Kommunen, Gemeinden, Kreisen und Ländern ebenfalls Wählervereinigungen nach dem Hamburger Modell aufzubauen, verbunden mit dem Ziel, bundesweit **STATT Partei** zu etablieren. So wurde Ende 1993 die bundesweite Ausdehnung von **STATT Partei** beschlossen und vollzogen.

**STATT Partei** ist seither in viele Kommunalvertretungen mit Abgeordneten eingezogen und leistet vor Ort - wie auch der politische Gegner uns immer wieder bescheinigt - hervorragende, an der Sache orientierte Arbeit. Im Hamburger Wahlkampf 1997 sagte dann auch Dr. Henning Voscherau in einer Fernsehsendung

**„ Das ist kein taktischer, kein machtbesessener, sondern ein sachbezogener Kooperationspartner. Das ist in der Politik selten.**

**Aber es ist sehr positiv und ich glaube, daß die Hamburger Bürger sich noch einmal nach dieser versachlichenden Kraft zurücksehnen werden.“**

**STATT Partei** stellt Ihnen mit dieser Broschüre sein Sachprogramm zu den wichtigsten Politikfeldern vor. Grundlage allen Handelns von **STATT Partei** sind jedoch die 1993 in Hamburg formulierten Grundsätze, die auf den folgenden Seiten dem Programm vorangestellt wurde.

---

**STATT Partei** DIE UNABHÄNGIGEN  
Programm Bundesvereinigung

## Präambel

**STATT Partei** will gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern demokratisch politische Verantwortung übernehmen. Keine allumfassenden, ideologischen Programme, sondern überzeugendes, aufrichtiges und am Gemeinwohl orientiertes Handeln soll auf politische Veränderungen Antworten geben, die notwendigen Entscheidungen für Deutschland voranbringen. Hierzu wird STATT Partei das Gespräch über politische Grenzen hinweg führen, dabei auch eigene Positionen hinterfragen, Minderheiten zu Wort kommen lassen und zu einer kompetenten Politik in Deutschland beitragen, die quer zu dem der etablierten Parteienspektrum liegt.

## Programmgrundsätze

**Die Mitwirkung** an politischen Entscheidungen basiert auf einer möglichst umfassenden und intensiven Einbeziehung der betroffenen und beteiligten Bürgerinnen und Bürger.

**Die Bereitschaft**, Vorhandenes, Überkommenes in Frage zu stellen, neue Ideen zu entwickeln und zu verwirklichen, sowie voneinander zu lernen, ist Voraussetzung für ideologiefreie Politik. Ehrlichkeit, Offenheit und Dialogbereitschaft bei gegenseitiger Achtung vor dem anderen sind Voraussetzung jeder ernsthaften politischen Arbeiten.

**Die Einführung** von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden ist notwendig, um für Bürger und Bürgerinnen eine stärkere, direkte Mitwirkung

**Die Einhaltung** demokratischer Grundsätze in den Parteien ist konsequent durchzusetzen, damit Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Parteien eine echte Mitwirkungsmöglichkeit an der politischen Willensbildung erhalten; beispielsweise müssen Parteimitglieder wissen dürfen, wer außer ihnen ebenfalls Mitglied ist.

**Die Wirksamkeit** der Parlamente ist zu erhöhen, die Zahl der Abgeordneten ist zu verringern. Auf strikte Trennung von Politik und Verwaltung im Sinne klarer Verantwortungs- und Kompetenzabgrenzung ist hinzuwirken, Verfassungs- und Verwaltungsreform haben diesem Ziel zu dienen.

**Die Direktwahl** von Abgeordneten in Wahlkreisen ist zwecks größerer Bürgernähe überall einzuführen; die Bewerber und Bewerberinnen müssen in ihren Wahlkreisen wahlberechtigt ( aktives Wahlrecht ) sein und dürfen nicht zugleich im Wahlkreis und auf einer Liste kandidieren.

**Die Wahlkampfkostenerstattung** aus Steuermitteln ist drastisch zu reduzieren. Dazu dient insbesondere eine Berechnung der Wahlkampfkostenerstattung allein auf der Basis der tatsächlich abgegebenen Wählerstimmen.

**Die Unvereinbarkeit** von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat ist zur Sicherung der Gewaltenteilung derart festzuschreiben, daß der/die Abgeordnete mit der Wahl in die Regierung sein/ihr Mandat endgültig verliert. Um die Entscheidungsfreiheit im Regierungsamt zu gewährleisten, darf ein Minister/eine Ministerin nicht gleichzeitig ein Führungsamt in einer Partei ausüben.

**Die Unabhängigkeit** der Abgeordneten ist durch Beseitigung des Fraktionszwanges zu erhöhen. STATT Partei wird ihre Abgeordneten keinem Fraktionszwang unterwerfen. Mandatsträger und Mandatsträgerinnen sollen unabhängig von jeglichem äußeren Druck entscheiden. Die Wahrnehmung eines Abgeordnetenmandates ist unvereinbar mit Führungspositionen in öffentlichen Unternehmen und Behörden.

**Die Abgeordneten** von STATT Partei sind bereit, sich an Mehrheitsentscheidungen zur Lösung von einzelnen Sachproblemen zu beteiligen. Gegebenenfalls werden sie durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit einer Regierung eine Handlungsfähigkeit ermöglichen. Für die Wahl der Regierung werden sie Persönlichkeiten vorschlagen, die zur kompetenten Führung und Beaufsichtigung der Fachbehörden und Regierungsämter geeignet sind. Die Abgeordneten von STATT Partei werden jedoch nicht selbst ein Regierungsamt übernehmen.

**Die Parteien** sollen nicht vorrangig ihre Mitglieder in Gremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Wahlorgane entsenden. Über die Besetzung von Führungspositionen wie z.B. in Justiz, Behörden und öffentlichen Unternehmen darf nicht nach Parteibuch, sondern ausschließlich nach fachlicher Kompetenz entschieden werden.

# INHALT

	<b>Vorwort</b> .....	Seite	1
	<b>Präambel</b> .....	Seite	2
	<b>Programmgrundsätze</b> .....	Seiten	2-3
	<b>Inhaltsübersicht</b> .....	Seite	4
<b>1</b>	<b>STAAT UND VERFASSUNG</b>		
	1.1. Grundlegende Reform des Staates.....	Seite	6
	1.2. Unmittelbare Bürgerbeteiligung.....	Seite	7
	1.3. Erhöhung der Transparenz.....	Seite	7
	1.4. Wiederherstellung der Gewaltenteilung.....	Seite	8
	1.5. Reduzierung staatlicher Betätigung.....	Seiten	8-9
	1.6. Verkleinerung Parlamente / Regierungen .....	Seite	9
	1.7. Demokratie muß belebt werden .....	Seite	10
	1.8. Ja zu Deutschland .....	Seite	10
	1.9. Schleichende Aufweichung der Werte .....	Seite	11
<b>2</b>	<b>Arbeit und Wirtschaft</b>		
	2.1. Grundaussage .....	Seite	11
	2.2. Forschung und Entwicklung .....	Seite	11
	2.3. Ökologie und Wirtschaft .....	Seite	12
	2.4. Wirtschaft und Mobilität.....	Seite	12
	2.5. Wirtschaft und Arbeitsplätze.....	Seite	13
<b>3</b>	<b>Innere Sicherheit</b>		
	3.1. Polizei .....	Seite	14
	3.2. Justiz .....	Seite	15
	3.3. Strafvollzug .....	Seite	15
	3.4. Ausländerkriminalität .....	Seite	16
	3.5. Sexualstraftaten .....	Seite	16
<b>4</b>	<b>Bildungspolitik</b> .....	Seiten	16-17

<b>5</b>	<b>Finanzen und Steuern</b>		
	5.1. Abgaben und Ausgaben .....	Seite	17
	5.2. Steuersystematik .....	Seiten	18-19
	5.3. Haushaltsdefizite .....	Seite	19
	5.4. Zweckbindung Sozialhaushalte .....	Seite	20
<b>6</b>	<b>Wohnungsbau</b>		
	6.1. Wohnungsmarkt .....	Seite	21
	6.2. Wohnungsbau .....	Seiten	21-22
	6.3. Objektförderung .....	Seite	22
<b>7</b>	<b>Soziales</b>		
	7.1. Vereinfachung des Sozialhilfewesens .....	Seiten	22-23
	7.2. Abbau der Diskriminierung von Behinderten.....	Seite	23
<b>8</b>	<b>Umwelt</b> .....	Seite	24
<b>9</b>	<b>Deregulierung</b>		
	9.1. Reduzierung Gesetze, Verordnungen und Personal .....	Seite	25
	9.2. Effizienzsteigerung der Verwaltung .....	Seite	25
	9.3. Privatisierung .....	Seite	26
	9.4. Entbürokratisierung .....	Seite	26

# 1 STAAT UND VERFASSUNG

## 1.1 Grundlegende Reform des Staates

Der Staatsapparat hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten derart verkrustet, daß er eher als Bremse denn als funktionierendes, am Gemeinwohl ausgerichtetes Organ der staatlichen Gewalt. In zunehmenden Maße reguliert der Staat alle Bereiche des Lebens und schränkt auf diese Weise liberales Denken und Kreativität der Bürgerinnen und Bürger über Gebühr ein. Ordnungen und Gesetze sind auf das notwendige Maß zu beschränken. Staat und somit Verwaltung beschäftigen sich in nicht mehr zu vertretendem Ausmaß mit Angelegenheiten, die nicht hoheitliche Aufgabe sind. Die Personalausgaben steigen und der Personalbestand ist aufgebläht, ohne das hier noch von einem gesunden Kosten-Nutzen-Verhältnis gesprochen werden kann.

Der Bundeshaushalt ist derart defizitär, daß ein Unternehmer in gleicher Finanzsituation sich der Konkursverschleppung strafbar machen würde, wenn er nicht selbst den Konkurs anmelden würde. Jeder private Bürger würde zur eidesstattlichen Versicherung ( früher Offenbarungseid ) richterlich gezwungen werden, wenn seine Schulden und Ausgaben in einem derartig krassen Mißverhältnis zu den Einnahmen stehen würden, wie dies beim Bundeshaushalt der Fall ist. Hier muß ein wesentlicher Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erbracht werden.

Bürgerbeteiligung findet auf Bundesebene nicht statt, in einigen Bundesländern ist hier ein Ansatz gemacht worden, wie die Beispiele Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein in der letzten Zeit gezeigt haben.

**STATT Partei** möchte im Folgenden detailliert die Probleme ansprechen und mögliche Lösungsansätze präsentieren.

## 1.2. **Unmittelbare Bürgerbeteiligung**

Die Unfähigkeit des politischen Systems, selbst dringende Probleme adäquat zu lösen, resultiert nicht zuletzt aus der Arroganz der für die Dauer einer Legislaturperiode fast unbeschränkten Macht der Politik. Etablierte Politiker mißverstehen den Wahlakt gern als Blankoscheck für die nächsten 4 oder 5 Jahre. ( Angesichts des Zustandes der öffentlichen Kassen kann der Begriff Blankoscheck durchaus wörtlich genommen werden. )

Zu den zentralen Forderungen von STATT Partei gehört seit Anbeginn die Stärkung der Position der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihren Repräsentanten. Immerhin gibt es in Sachen „ *unmittelbare Beteiligung der Bürger* „ kleine Fortschritte. So wurde in Hamburg während der Mitregierung von STATT Partei eine Volksgesetzgebung in der Verfassung verankert, der auf Wunsch von STATT Partei 1993 in die Kooperationsvereinbarung eingeflossen war. Andererseits unterstützt STATT Partei die Initiative Mehr Demokratie e.V.

Entscheidungen in den Kommunen müssen deutlich stärker als bisher mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern abgestimmt werden, bevor die gesetzlichen Planverfahren einen Eingriff der Bürgerinnen und Bürger unmöglich macht. Der Willkür einzelner Behörden bzw. deren Mitarbeiter muß durch Einheitlichkeit der Verfahren in allen Bundesländern Einhalt geboten werden.

## 1.3. **Erhöhung der Transparenz**

Mißstände entstehen am leichtesten dort, wo man ihre Existenz vertuschen kann. Deshalb ist die Transparenz in der Entscheidungsfindung deutlich zu erhöhen. Auf allen Ebenen von politischem Handeln und verwaltungstechnischen Maßnahmen muß offengelegt werden, welche Ziele man sich gesetzt hat, in welchem Maße diese erfüllt und welche Mittel hierfür verwendet werden sollen. Nach Abschluß der einzelnen Maßnahmen ist die Mittelverwendung als Kontrolle offen darzulegen.

Besonders wichtig ist die Transparenz bei der Beurteilung der persönlichen Integrität von Regierungsmitgliedern, Abgeordneten sowie den Spitzen von Verwaltung und Rechtspflege. Gerade bei uns in Deutschland gibt es ausreichend Beispiele, welche unsere Forderungen nach Aufdeckung aller Tätigkeiten ( Nebeneinkünfte, Sondervorteile, Aufsichtsratsmandate, Zuwendungen durch Dritte ... ) belegen.

#### 1.4. **Wiederherstellung der Gewaltenteilung**

Auf dem Papier besteht das Prinzip der Gewaltenteilung. In der Praxis wird dieses Prinzip jedoch weitaus öfter gebrochen als eingehalten. Zwischen der gesetzgebenden Gewalt ( Bundestag, Landtage ) und der ausführenden Gewalt ( Regierungen ) besteht eine derart enge Verflechtung, daß beide vielfach nicht mehr unterscheidbar sind. Maßgeblich trägt hierzu die enge persönliche Verschmelzung zwischen beiden Gremien bei, die sich darin manifestiert, daß Minister und Staatssekretäre fast immer auch Abgeordnete sind.

Auch die angeblich unabhängige dritte Gewalt ( Rechtsprechung und Rechnungshöfe ) werden aufgrund des Partei-Proporz bei der Stellenbesetzung immer enger an die Politik angebunden.

STATT Partei fordert als ersten Schritt zur Wiederherstellung der Gewaltenteilung die Unvereinbarkeit von Regierungsamt und Abgeordnetenmandat. Der Eintritt eines Abgeordneten in ein Regierungsamt hat den endgültigen Verlust des Mandates für die Dauer der Legislaturperiode zu Folge. Im Bereich von Stellenbesetzungen muß ein höchstmöglicher Grad an Transparenz eingeführt werden. Oberster Grundsatz für die Besetzung von Regierungsämtern und Führungspositionen in Behörden muß die individuelle Eignung einzelner Personen sein, keine Rolle darf dabei eine Parteizugehörigkeit spielen. Eine Parteienmitgliedschaft darf nicht nützen, allerdings darf sie auch nicht schaden.

#### 1.5. **Reduzierung staatlicher Betätigung**

Ein Staat, der alles und jedes regeln will, wird zu einem nicht mehr beherrschbaren Koloß. Die immer schneller steigende Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben führt letztlich zur Unbeweglichkeit des Ganzen. Die Staatsfinanzen laufen aus dem Ruder, da alles, was angeordnet wird, auch kontrolliert sein will und dies nun einmal Geld kostet. Und zu allerletzt wächst die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, weil sie sich mehr und mehr in ihrer persönlichen Freiheit und Entfaltungsmöglichkeit eingeengt fühlen.

Diese Zeilen beschreiben kein Horror - Szenario, sondern die Realität. Der Staat regelt, welche Verkehrsmittel wir zu bevorzugen haben, welchen Bildungsweg wir bzw. unsere Kinder zu gehen haben und sogar, wie sinnvoll wir unsere Freizeit zu verbringen haben ( so etwas nennt sich dann Strukturauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ).

Es ist an der Zeit, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, daß nicht staatliche Enthaltbarkeit unter dem Zwang der Rechtfertigung steht, sondern im Gegenteil jeder einzelne staatliche Eingriff der Legitimation bedarf. In jedem einzelnen Bereich ist zu prüfen, ob eine staatliche Einflußnahme zwingend notwendig ist oder ob es nicht auch ohne Einflußnahme des Staates funktioniert. Der Staat muß sich auf alle Fälle von Aufgaben lösen, die nicht zu seinen ureigensten hoheitlichen Tätigkeitsbereichen zählen. Dies ist ausschließlich der Bereich der inneren und äußeren Sicherheit, der Verwaltung öffentlicher Finanzen und der staatlichen Gerichtsbarkeit. Alle anderen Aufgaben können von der freien Wirtschaft übernommen und wesentlich effizienter abgearbeitet werden.

### 1.6. **Verkleinerung von Parlamenten und Regierungen**

In der Bundesrepublik Deutschland dehnen sich Parlamente und Regierungen aus, während in der Wirtschaft Arbeitsabläufe rationalisiert und Verantwortung zentralisiert werden. Die Parlamente sind regelrecht übervölkert. Es muß ernsthaft die Frage aufgeworfen werden, ob z.B. der Bundestag mit 656 Abgeordneten nicht viel zu groß ist. Ähnliches gilt auch für die Landes- und Kommunalparlamente. So verfügt z.B. die Freie und Hansestadt Hamburg als Stadtstaat mit 1,7 Mio. Einwohnern über ein Landes- und sieben Bezirksparlamente mit insgesamt 408 Abgeordneten !! Ähnliche Ausmaße haben mittlerweile der Umfang der Landes- und Bundesregierung angenommen. Hier ist ein krasses Mißverhältnis von Aufwand zu Leistung festzustellen.

Im Zuge des Zusammenwachsens der europäischen Staaten ist gleichfalls das Problem der einzelnen Bundesländer zu sehen. So wird im Norden der Republik seit Jahren über einen Nordstaat mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen nachgedacht und diskutiert, ohne in der Sache selbst auch nur einen Schritt weiterzukommen.

Ziel von STATT Partei ist die Verkleinerung aller Parlamente auf die unabdingbar notwendige Zahl von Abgeordneten, die Verkleinerung des Regierungsapparates durch zweckmäßige Neugestaltung einzelner Behördenbereiche sowie die Überprüfung der Notwendigkeit, ob der hohe Verwaltungsaufwand in jedem Bundesland durch den Zusammenschluß mehrerer Bundesländer abgebaut werden kann.

## 1.7. **Demokratie muß belebt werden**

Unsere Demokratie befindet sich an einem Wendepunkt: Neubesinnung und Aktivierung der demokratischen Kräfte oder Verfall, das ist die Alternative, vor der dieses Land steht. Die Utopien des Sozialismus sind zusammengebrochen, ein überzogener Liberalismus hat eine individualisierte Ellenbogengesellschaft hervorgebracht. Die Linke -ihrer heilversprechenden, jedoch an der Wirklichkeit gescheiterten Theorien beraubt - ist ratlos. Die Konservativen - 1982 mit dem Versprechen einer „*geistig - moralischen Wende* „ angetreten, haben es zugelassen, daß unser Wertesystem auf den Standortfaktor Deutschland zusammengesmolzen ist. Wer aber allein auf Wirtschaftskraft setzt, ist für kommende Auseinandersetzungen ganz anderer Art, wie zum Beispiel im Kampf gegen religiösen Fundamentalismus nicht vorbereitet. Zukunftsfragen umfassender Bedeutung lassen sich nicht beantworten, wenn wir die geistigen Grundlagen unser abendländisch geprägten Gesellschaft vernachlässigen, die Voraussetzungen unserer Demokratiefähigkeit sind.

## 1.8. **Ja zu Deutschland**

Wir haben eine gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte, wir sind also eine Nation. Diese Realität zu leugnen ist nicht nur unglaublich, sondern schürt auch das Mißtrauen unserer Nachbarn. Diese dürfen von uns erwarten, daß wir aus unserer Geschichte gelernt haben und als Kulturnation unsere auf ethischen Grundeinsichten beruhenden kulturellen Errungenschaften in ein gemeinsames europäisches Haus einbringen. Wir achten andere Kulturen und respektieren jene Menschen, die aus anderen Kulturkreisen kommend bei uns leben.

Wir wollen allerdings keine multikulturelle Beliebigkeit hinsichtlich von Werten und Normen unseres Zusammenlebens. Wer zu uns kommt, hat unser kulturelles Erbe, dessen Ergebnis letztlich von unserer Verfassung dokumentiert wird, als für uns alle geltend zu akzeptieren.

## 1.9. **Schleichende Aufweichung der Werte**

Immer deutlicher werden die Folgen einer Politik und Gesellschaftsentwicklung, die

- \* die Bedeutung der Familie als wertevermittelnde Instanz gering schätzt,
- \* sich in der Bildungspolitik von Leistung und Erziehung verabschiedet hat,
- \* die Rechte des Straftäters in den Mittelpunkt des Interesses rückt und das Opfer dabei vergißt,
- \* dem Verbrechen nicht konsequent entgegentritt,
- \* eine schleichende Aufweichung von Recht und Unrecht als unterscheidbare Größe hinnimmt,
- \* den einzelnen Interessen und deren Vertretungen übergroßen Einfluß einräumt und das Allgemeinwohl vernachlässigt.

Für die demokratische Substanz unserer Gesellschaft hat dies alles zerstörerische Folgen. Die allgemeine Desorientierung und Entwertung untergräbt Gemeinsinn, Hilfs- und Verantwortungsbereitschaft. Das Zutrauen in die Politik nimmt ebenso ab wie das Vertrauen in die politischen Eliten, was sich zunehmend im Wahlverhalten verdeutlicht.

## 2 **Arbeit und Wirtschaft**

### 2.1. **Grundaussage**

Arbeit und Wissenschaft dienen der Existenz- und Zukunftssicherung ebenso wie der Vorsorge für Alter und Gesundheit und der Unterstützung sozial Schwacher.

### 2.2. **Forschung und Entwicklung**

STATT Partei tritt für die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte und ihrer Grundlagen von Wissenschaft und Forschung ein. Zu den Objekten der Forschung, Entwicklung und Vermarktung gehören moderne Technologien wie Gentechnik ebenso wie Kommunikations- und Umwelttechnologien.

### 2.3. **Ökologie und Wirtschaft**

Eine der Aufgaben des Staates wird darin bestehen, den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft voranzutreiben, der in Gemeinschaft mit der EU erfolgen muß. Ökologische Maßnahmen müssen sich an Kosten- und Nutzungsüberlegungen orientieren. Aufwendungen für wenig wirksame Maßnahmen müssen auf andere wirksamere Bereiche umgelenkt werden. Die Wirtschaft darf nicht durch ineffektive Experimente belastet werden.

Außer Frage bedarf es einer ökologisch verträglichen Energietechnik. Solange neue Energien nicht hinreichend verfügbar sind, ist ein Ausstieg aus der Kernenergie nicht zu verantworten. Ihre Nutzung ist trotz der Gefahren eher zu akzeptieren, als die Verbrennung fossiler Energieträger mit katastrophalen Folgen für das Erdklima.

### 2.4. **Wirtschaft und Mobilität**

Eine der Grundlagen für Arbeit und Wirtschaft ist die Mobilität. Diese ist auch eine persönliche Lebensqualität, sonst würde ihre Einschränkung nicht als Strafe empfunden werden. Der Ausbau von Straße ist dabei Antriebsmoment für private und betriebliche Ansiedlungen. Der öffentliche Nahverkehr soll nach den Gesichtspunkten der Massenförderung ausgebaut und zwecks freiwilliger Benutzung attraktiver gestaltet werden. Seine Rentabilität muß stets im Auge behalten werden. Maßnahmen, die durch Behinderungen den Autofahrer nötigen sollen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, werden abgelehnt. Sie stehen im Widerspruch zu dem Sinn unserer Straßenverkehrsordnung.

Der Güterverkehr kann nur insoweit auf die Schiene verlegt werden, wie dies die Streuung der Zielorte gestattet. Im Nahbereich ist eine Verlagerung häufig unmöglich. Regulative Erschwernisse belasten die Betriebe und werden abgelehnt. Auch Schifffahrtswege sind nach Kosten-Nutzen-Betrachtungen zu planen. Binnenschifffahrtsverbindungen, die unwirtschaftlich sind, bedürfen nur insoweit Unterstützung, wie dies Zukunftsaussichten rechtfertigen. Seehäfen stehen besonders im internationalen Wettbewerb. Dabei veranlassen technische und tarifliche Bestimmungen in Deutschland die Reedereien, in außerdeutsche Häfen auszuweichen. Der Bund muß dazu gedrängt werden, entsprechende nationale und internationale Bestimmungen - auch im Rahmen der EU - durchzusetzen, die ungleichen nationalen Standards entgegenwirken. Dasselbe gilt für den Luftverkehr.

## 2.5. **Wirtschaft und Arbeitsplätze**

Wettbewerbsfähigkeit wird nicht nur durch die Qualität der Produktionsmittel bestimmt, sondern in hohem Maße durch konkurrenzfähige Lohnkosten. Eine künstliche Erhaltung der Lohnniveaus und im Wettbewerb unrealistisch hohe Mindestlöhne führen zu weiterer Automatisierung, Abwanderung und Verlusten von Arbeitsplätzen. Mehr Leistungsanreize und eine höhere Qualifizierung und Ausbildung können dieser Entwicklung teilweise entgegenwirken.

Viele Betriebe scheren aus den Flächentarifverträgen aus und arbeiten auf der Basis eigener Vereinbarungen mit ihren Mitarbeitern. Das Zusammengehen von Arbeitnehmerschaft und Wirtschaft ist immer noch durch altes Klassenkampfdenken gestört. Hingegen wird es Ziel sein müssen, daß sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber für den Erhalt und den Aufbau von Arbeitsplätzen mit den Arbeitslosen ihrer Branche zusammenschließen, um sich gegen die internationale Konkurrenz zu behaupten. Es müssen Wege gefunden werden, das Problem der Nutzung von Niedriglohnarbeitskräften zu lösen.

Für STATT Partei ist dieses Thema kein Tabu, denn anders wird die illegale Beschäftigung und die Abwanderung von Betrieben sowie der Verlust von Arbeitsplätzen nicht zu verhindern sein. Den Bestrebungen, Aushilfstätigkeiten bei geringfügig Beschäftigten einer Sozialversicherungspflicht zu unterwerfen, ist eine klare Absage zu erteilen. Einerseits würden die Kassen im Endeffekt stärker belastet, andererseits viele Menschen, für die dieses Zweiteinkommen notwendiger Bestandteil für den Lebensbedarf darstellt, bestraft. Illegaler Beschäftigung ist entgegenzutreten. Legale Arbeit zur Erbringung von Dienstleistungen muß im Privatbereich vereinfacht möglich sein, um den Arbeitsmarkt zu beleben.

Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit und Mobilisierung von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Hemmnisse bei Teilarbeit abzubauen, wird befürwortet. Dem Arbeitnehmer müssen mehr Möglichkeiten der eigenen Bestimmung seiner Arbeitszeit ermöglicht werden, um Freizeitwünsche variabler erfüllen zu können und kürzere Arbeitszeiten vor dem Ruhestand dem Arbeitsplatzangebot zugute kommen zu lassen, wenn der Arbeitnehmer dafür finanzielle Einbußen hinzunehmen bereit ist. Für die Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft müssen neue, zeitgemäßere Mechanismen gefunden werden.  
Arbeit muß sich lohnen.

### **3 Innere Sicherheit**

#### **3.1. Polizei**

Die Polizei muß täglich für das uns alle sichernde Recht unter immer schwierigeren Umständen eintreten. Sie verdient daher unseren Rückhalt. Die fachliche, organisatorische und soziale Kompetenz der Polizeibeamten ist zu erhöhen. Kompetenzen und Verantwortlichkeit im Einsatz müssen klar definiert und abgegrenzt werden. Dies gilt vor allem für den Fall des Einschaltens durch politisch Verantwortliche. Die Zahl der Polizeibeamten muß jeweils angemessen sein. Ausrüstung und Ausbildung der Polizei müssen sich an der „Gegenseite“, orientieren und technisch dem neuesten Stand entsprechen, denn häufig scheitert eine erfolgreiche Verbrechensbekämpfung schon an einer antiquierten Ausstattung.

Es sind Maßnahmen zur Verbesserung des Berufsbildes der Polizei zu treffen. Effizient abgeschöpfte Verbrechensgewinne sind zur Finanzierung o.g. Maßnahmen heranzuziehen. Der Polizei sind die Daten zur Verfügung zu stellen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendig sind. Datenschutz darf nicht Täterschutz sein. Die Polizei muß von solchen Aufgaben entlastet werden, die nicht unmittelbar sicherheitsrelevant sind. Eine Möglichkeit besteht in der Förderung ehrenamtlicher Tätigkeitsfelder in der Polizeiverwaltung. Hoheitliche Aufgaben müssen der Polizei vorbehalten werden; zivile Sicherheitsdienste haben ihren Aufgabenbereich im privatrechtlichen Sektor zu belassen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit - wie im Rahmen EUROPOL - muß in allen europäischen Ländern schnellstens vorangetrieben werden. Um Waffengleichheit zwischen Rechtsbrechern und Strafverfolgung herzustellen, ist die Möglichkeit der Informationsaneignung in und aus geschlossenen Räumen praxisnah zu regeln. Dies darf jedoch nur der Verbrechensbekämpfung dienen und als Einzelfallregelung mit richterlicher Kontrolle gelten. Der Verabschiedung von Gesetzen, die Auswirkungen auf polizeiliche Tätigkeiten haben, sollte jeweils eine Anhörung durch Fachleute der Polizei vorausgehen.

### 3.4. **Ausländerkriminalität**

Rechtskräftig verurteilte Straftäter nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind in der Regel bei einer Strafzumessung ab 1 Jahr auszuweisen. Ausländische Staatsangehörige, die ihre innerstaatlichen Konflikte in Deutschland auf gewaltsame Weise austragen, haben ihr Gastrecht verwirkt und sind deshalb bei einem Straftatbestand des einfachen Landfriedensbruchs nach rechtskräftiger Verurteilung auszuweisen. Verurteilte ausländische Straftäter sollen ihre Strafe in Gefängnissen ihres Heimatlandes verbüßen. Hierfür sind bilaterale Abkommen mit den Heimatländern abzuschließen, wobei Deutschland anteilig die Kosten des Strafvollzuges übernimmt.

### 3.5. **Sexualstraftaten**

Bei der Mehrzahl aller aufgeklärten Straftaten dieser Art stellt sich heraus, daß Triebtäter oftmals Wiederholungstäter sind. Diese Erfahrung muß in die Strafgesetzgebung einfließen, damit gefährdete Mitbürger – insbesondere Kinder – besser geschützt werden. STATT Partei fordert deshalb eine lebenslange Sicherheitsverwahrung von Sexualmördern.

## 4 **Bildungspolitik**

Seit nunmehr 25 Jahren vollzieht sich die bildungspolitische Diskussion ausschließlich im Rahmen parteipolitischen Gezänks um Schulstrukturen und um die Einstellung von mehr Lehrern bzw. deren Besoldung. An den tieferliegenden Problemen gehen Politik und die von ihr dominierten Lehrerverbände vorbei: Leistungsabbau, fehlende Sinnperspektive junger Menschen, wachsende Gewaltbereitschaft, Drogenkonsum, Abbau von Autorität und Vorbildfunktion Erwachsener gegenüber Heranwachsenden. Dies alles ist schon alltäglich geworden und die zuständigen Institutionen finden sich offenbar damit ab, daß unsere Jugend auf diese Weise zukunftsunfähig gemacht wird.

STATT Partei will deshalb Leistung und Erziehung zu sozialem Verhalten als Voraussetzung von Bildung in den Mittelpunkt schulischer Tätigkeit rücken. Fordern und fördern muß zentrales Unterrichtsprinzip sein. Zukunft unseres Gemeinwesens unverzichtbar ist.

Dazu bedarf es einer gründlichen Umgestaltung der bisherigen Schwerpunktsetzung in der Bildungspolitik. Eine Schule leistet nur dann gute Arbeit, wenn in ihr Werte wie Disziplin, Solidarität, Rücksichtnahme und gegenseitige Achtung vorgelebt und eingefordert werden. Die Vermittlung solider Kenntnisse und Fähigkeiten, aber auch Schlüsselqualifikationen wie Selbständigkeit, Teamfähigkeit, Problemlösungsverhalten, Kreativität und Innovationsfähigkeit muß selbstverständlich werden.

## **5 Haushalt und Finanzen**

### **5.1. Abgaben und Ausgaben**

Die finanzpolitische Stabilität, die Deutschland noch vor wenigen Jahren gegenüber anderen Ländern auszeichnete, ist dahingeschmolzen.. Mit hilflosem Aktionismus werden immer neue Wege zum Stopfen der Haushaltslöcher erdacht. Dadurch wird die ökonomische und soziale Stärke Deutschlands unterhöhlt und zugleich die ohnehin angeschlagene Steuergerechtigkeit weiter geschwächt.

Die Belastung sowohl der einzelnen Bürger als auch der Unternehmen ist entschieden zu hoch. Eine generelle Entlastung. Wie sie als Konsequenz daraus zu fordern ist, heißt zwangsläufig, die Ausgabenseite der staatlichen Haushalt ( z.B. durch den Abbau von Subventionen ) gleichwertig zu kürzen. Andernfalls verkommt jeder Reformansatz zu einer bloßen Steuerumschichtung. Der Blick auf die Ausgabenseite ist um so notwendiger, als Bund, Länder und Gemeinden auf gigantischen Schuldenbergen sitzen, die es abzubauen, jedenfalls aber nicht zu erhöhen gilt. Nicht vergessen werden sollten auch die sogenannten Nebenhaushalte, vor allem die Sozialversicherungskassen, die u.a. aufgrund umfangreicher versicherungsfremder Leistungen aus allen Nähten platzen.

Ferner sind konstitutionelle Garantien gegen einen unbeschränkten Fiskalismus notwendig. So sollte in der Verfassung ein in Prozent ausgedrückter Höchstsatz festgelegt werden, was der Staat an Ressourcen beanspruchen darf ( Staatsquote am Bruttosozialprodukt ). Auf Dauer angelegte Staatsverschuldung ist verfassungsmäßig zu untersagen. Die Forderung nach radikalem Zurückschneiden der staatlichen Ausgabenpolitik deckt sich in großen Teilen mit dem Ruf nach Deregulierung, den die STATT Partei am kompromißlosesten erhebt ( siehe auch Kapitel 9 ).

## 5.2. Steuersystematik

Bei der Vereinfachung der Steuersystematik ist zuallererst an die Reduzierung der Zahl der Steuerarten zu denken. Speziell im kommunalen Bereich existiert nach wie vor ein unglaublicher Wildwuchs an Getränke-, Vergnügungs-, Hunde-, Verpackungs- und anderen Sondersteuern. Diesem Unfug ein Ende zu setzen ist ein Ziel des finanzpolitischen Engagements von STATT Partei. Einige spezielle Verbrauchssteuern ( z.B. Alkohol, Tabak ) sind aufgrund des EU - Rechtes nicht ohne weiteres aufhebbar. STATT Partei fordert, daß die Einnahmen, die hieraus resultieren, uneingeschränkt zweckgebunden ( z.B. für Gesundheitsfürsorge ) verwendet werden.

Entbehrlich ist jedenfalls die mit großem Aufwand erhobene Kfz-Steuer. Sie dient schon lange nicht mehr der Finanzierung von Infrastrukturaufgaben oder dem Umweltschutz. Wenn überhaupt, bietet sich eine Zusammenlegung mit der Mineralölsteuer an, die bekanntlich den gleichen Zweck erfüllen soll. Es ist aber auch eine Tatsache, daß praktisch jede Person einen Teil der Verkehrsinfrastruktur in Anspruch nimmt, sei es als Autofahrer, als Fahrradfahrer, als Fußgänger oder als Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel.

Ein ebenso trauriges wie vieldiskutiertes Thema ist die Zulässigkeit von Sonderabschreibungen. Abschreibungen haben eigentlich die Aufgabe, einem durch Abnutzung entstehenden Werteverlust steuerlich Rechnung zu tragen. Bei Schiffsbeteiligungen oder Immobilien zum Beispiel werden aber Abschreibungen gewährt, die nichts mit einem Werteverlust zu tun haben. Oft steigt sogar der Wert dieser Investitionen, während in der Steuerlogik so getan wird, als entstünden dauerhafte Verluste. STATT Partei setzt sich für eine sofortige Abschaffung die Möglichkeit zur „*legalen Steuerhinterziehung*“ ein.

Daß bereits das reine Ausmaß der Abgabenlast eine arge Beeinträchtigung für den Standort Deutschland und damit für die Beschäftigung darstellt, ist schlimm genug. Daß sich aber darüber hinaus die Systematik unseres Steuerrechts zusätzlich als beschäftigungshemmend erweist, ist ein Skandal. Zwei Beispiele sollen die These belegen:

- In praktisch allen Industrieländern werden ausgeschüttete Gewinne höher besteuert als solche, die im Unternehmen verbleiben und dort wieder investiert werden können. Beschäftigungspolitisch ist dies auch sinnvoll. Nur im deutschen Körperschaftssteuerrecht ist es genau umgekehrt. STATT Partei setzt sich für die Abschaffung des sogenannten „gespaltenen Tarifs“ ein, was zugleich eine erhebliche Vereinfachung nach sich zieht.
- Deutschland ist ein Land, in dem traditionell den Ertragssteuern (z.B. Körperschafts-, Einkommen- und Lohnsteuer) mehr Bedeutung zugemessen wird, als der Verbrauchssteuer (Umsatzsteuer). Tatsächlich haben wir bei den Ertragssteuern mit die höchsten, bei den Verbrauchssteuern mit die niedrigsten Sätze in Europa. Die Beschäftigungswirkung dieser Tradition ist katastrophal. Die hohen Ertragssteuersätze benachteiligen die inländischen Betriebe gegenüber ihren Wettbewerbern jenseits der Grenze, während von der relativ „günstigen“ Umsatzsteuer In- und Ausländer gleichermaßen profitieren. Die Höhe der Umsatzsteuer richtet sich nämlich nicht danach, wo die Waren produziert wurden, sondern wo sie verkauft werden. Unser Steuersystem ist also eine Beschäftigungsprogramm für das Ausland.

Es gibt allerdings ein häufig zu hörendes Argument gegen die Umsatzsteuer: Sie ist unsozial, weil sie Arme und Reiche gleichermaßen trifft. Dieses Argument hält STATT Partei für falsch, denn nicht die Umsatzsteuer, sondern deren Ausgestaltung im deutschen Steuerrecht ist unsozial. Nach geltendem Recht wird z.B. Räucherlachs als Lebensmittel mit 7% besteuert, während Babywindeln dagegen mit 16% zu versteuern sind. STATT Partei setzt sich dafür ein, diese Ungerechtigkeiten schnellstens zu beseitigen.

### 5.3. **Haushaltsdefizite**

Der Zustand der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden ist besorgniserregend. Mehrere Landesfinanzminister haben bereits eingestehen müssen, daß sie nicht mehr wissen, wann und wie ihr Bundesland seine Schulden zurückzahlen kann. Vor diesem Hintergrund verbietet es sich von selbst, der Versuchung nachzugehen, eine Steuerreform über erhöhte Kreditaufnahmen gegenzufinanzieren. Im Gegenteil, eine Rückführung der Verbindlichkeiten ist dringend erforderlich. Dazu gehört auch die Mobilisierung aller Vermögensreserven im Beteiligungs- und Immobilienbereich. Der Mittelzufluß hieraus ist nämlich nicht, wie vielfach zu hören ist, ein einmaliger Effekt. Wenn mit dem Erlös Verbindlichkeiten getilgt werden, entfallen Jahr für Jahr Schuldzinsen, d.h. der Effekt ist von dauerhafter Wirkung.

#### 5.4. Zweckbindung der Sozialhaushalte

Die Sozialhaushalte ( Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung ) sind bekanntlich - im Gegensatz zu den Etats der Gebietskörperschaften - reine Zweckhaushalte. Sie haben ausschließlich die Aufgabe, die berechtigten Ansprüche der Versicherten zu decken. Trotzdem bedienen sich etablierte Politiker seit Jahren völlig ungeniert dieser Anstalten, um ihre Wahlgeschenke zu bezahlen, die selbst bei dreister Finanzmanipulation nicht mehr im normalen Haushalt unterzubringen sind. Mittlerweile hat der Anteil der versicherungsfremden Leistungen die 25%-Marke nachhaltig überschritten.

Dringendes Gebot zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der Sozialversicherung ist daher die konsequente Herausnahme aller versicherungsfremder Bestandteile aus den Zweckhaushalten. Sofern solche Bestandteile im öffentlichen Interesse liegen ( z.B. die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten für die Rente ), sind diese unzweideutig Aufgabe des allgemeinen Haushaltes. Die bisherige Lösung, die Gemeinschaft der Versicherten implizit solche Aufgaben mitbezahlen zu lassen, verhindert die öffentliche Diskussion der Frage, was notwendig und überflüssig ist und somit letztendlich eine demokratische Entscheidungsfindung.

Eng verbunden mit dieser Thematik sind zwei weitere entscheidende Punkte: die Kontrollfähigkeit der Beitragszahler muß gestärkt werden und die Wahlfreiheit der Versicherten ist zu verbessern. Dem Staat kann es letztendlich egal sein, wie der Einzelne versichert ist. Hauptsache es sind alle versichert, damit sie im Fall des Falles nicht die Gemeinschaft zusätzlich belasten.

Mit der Wiederherstellung der Zweckbindung der Sozialhaushalte wäre zwar ein erheblicher Teil der Probleme vorerst gelöst, es sind jedoch bei den einzelnen Versicherungsträgern weitere, zum Teil nicht weniger einschneidende Maßnahmen notwendig. So wird in der Rentenversicherung der Übergang vom Umlage zum Anlagesystem unumgänglich sein - je eher desto besser. Un in der Krankenversicherung werden wir uns von dem Prinzip verabschieden müssen, daß alles, was irgendwie mit Gesundheit zu tun hat, über die staatlich organisierten Krankenkassen zu laufen hat. Ein Versicherungszwang macht nur für existentielle Risiken Sinn. Ob jemand ( überspitzt ausgedrückt ) seinen Schnupfen mitversichern lassen will, muß er selbst wissen und dann auch selbst mehr zahlen.

## **6        Wohnungsbau**

### **6.1.     Wohnungsmarkt**

Von marktpolitischen Verhältnissen aus dem Wohnungsmarkt sind wir weit entfernt. Die Probleme, welche durch eine Über-Reglementierung überhaupt erst entstanden sind, hat der Gesetzgeber durch noch weitergehende Regelungen zu lösen versucht. Die Folge ist ein undurchschaubares Geflecht aus Gesetzen und Verordnungen, unter denen Vermieter und Mieter gleichermaßen zu leiden haben.

Der beste Mieterschutz ist bekanntlich ein ausreichender Bestand an nutzbarem Wohnraum. Nur dort, wo dieser gegeben ist, stehen sich Mieter und Vermieter als gleichberechtigte Verhandlungspartner gegenüber. Große Teile des immer komplexer und unverständlicher werdenden Mietrechts könnte somit entfallen. Aber wie sieht die Realität aus? Zahlreiche Gemeinden versäumen es -oft mit durchsichtigen Motiven - ausreichende Mengen an Bauland auszuweisen. Vereinzelt wird - meist unter starkem öffentlichen Druck - reagiert, dann aber häufig mit dem berühmten „Tropfen auf dem heißen Stein „. Ausreichend ist ein Wohnungsbestand nur dort, wo sich ein spürbarer Entlastungseffekt bei den Mieten feststellen läßt. Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung lassen sich hervorragend miteinander kombinieren, was auch verkehrspolitisch mit dem Konzept der damit verbundenen kurzen Wege Sinn macht.

### **6.2.     Wohnungsbau**

Bürokratie schafft keinen Wohnraum. Sie kann aber sehr wohl verhindern, daß neuer Wohnraum geschaffen wird. Sie verlängert die Bauzeit und erhöht die Kosten durch lange Bearbeitungszeiten und überflüssige Auflagen. STATT Partei fordert daher:

- Eine gründliche Reduzierung von Normen, Standards und anderen Anforderungen. So ist z.B. der Treppenstufenneigungswinkel entbehrlich ,da man auch auf einer Normtreppe ausrutschen und sich die Beine Brechen kann.
- Eine Vereinfachung des Verwaltungsweges. So müßte z.B. der Nachweis über die Verwendung eines anerkannten Konstruktionsprogrammes durch einen Architekten als Beweis für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen ausreichen.

Entsprechendes gilt auch für den steuerlichen Aspekt. Sicher nichts zu sagen ist gegen den Abbau von Subventionen auch im Bereich des Wohnungsbaus, dieser ist ebenso zu begrüßen wie der Subventionsabbau generell. Eine klare Absage muß aber den Überlegungen erteilt werden, die hier über das Ziel hinausschießen und eine steuerliche Schlechterstellung eines Investors im Wohnungsbau zum Ziel haben. Derartige Pläne können sich auf das Wohnungswesen nur destruktiv auswirken.

### 6.3. Objektförderung

Eines der traurigsten Kapitel der deutschen Sozialgeschichte ist der sogenannte „ soziale Wohnungsbau „. Zahlreiche *soziale* Unternehmen sind durch ihn zu billigem und bezuschußtem Grund und Boden gelangt und haben diesen nach Ablauf der Bindungsfrist profitabel weiterverkauft. Auch das Thema Fehlbelegung , welches bisweilen kuriose Blüten hervorbringt, gehört hierher. Es wird Zeit, daß unter all dies ein Schlußstrich gezogen wird. Förderungswürdig ist allein der Mensch, der bezahlbaren Wohnraum sucht. Alle anderen Arten der Förderung im Wohnungswesen produzieren nur unnötige Bürokratie, ohne daß auch sichergestellt ist, daß die Hilfe dort ankommt, wo sie benötigt wird.

## 7 Soziales

### 7.1. Vereinfachung des Sozialhilfewesens

Wir haben in Deutschland ein umfassendes soziales Netz geschaffen, welches der wirtschaftlichen Absicherung des Einzelnen dient. Der Grundgedanke hierbei ist, daß derjenige, der sich aus eigener Kraft nicht mehr selbst helfen kann, von der Gemeinschaft mit dem Nötigsten versorgt wird. Mit zunehmendem Ausbau des Netzes zur Abdeckung möglichst unterschiedlicher Bedürfnisse ist jedoch zugleich seine Komplexität gewachsen und damit ein Umverteilungsapparat mit geringem Wirkungsgrad entstanden. Es ist dringend an der Zeit, diesen Apparat einer gründlichen Reform zu unterziehen.

Völlig ineffizient ist beispielsweise die Aufspaltung der sozialen Leistungen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Leistungsgrundlagen ( Sozialhilfe, Wohngeld, Heizkostenzuschuß, Bekleidungszuschuß, Telefonkostenzuschuß .... ), die jeweils gesondert beantragt ( und somit auch verwaltet ) werden müssen, obwohl sie letztendlich dem gleichen Personenkreis zugutekommen sollen.

Dieser Zustand ist nicht nur für die Betroffenen entwürdigend, sondern auch für den Steuerzahler eine Zumutung, der außer dem eigentlichen Sozial - Budget auch noch einen umfangreichen Verwaltungsapparat mitzufinanzieren hat. Staatlich fabrizierter Unfug ist auch die fehlende Harmonisierung zwischen Steuer - und Sozialhilferecht. Das steuerliche Existenzminimum liegt weit unterhalb dessen, was ein Sozialhilfeempfänger unter Berücksichtigung aller Leistungsgrundlagen beziehen kann. Also, wer ein Arbeitseinkommen auf Sozialhilfeniveau bezieht, muß herauf noch Steuern zahlen, steht also schlechter da als jemand, der seinen Lebensunterhalt direkt aus öffentlichen Mitteln erhält. Das solche Verhältnisse nicht gerade die Leistungsbereitschaft fördern, liegt auf der Hand. Die Vereinfachung des Sozialhilfewesens ist zugleich auch ein Beitrag zur Bekämpfung des Mißbrauchs, ohne dabei den berechtigten Gebrauch durch wirklich Bedürftige zu behindern.

## 7.2. **Abbau der Diskriminierung von Behinderten**

Das Verhältnis zwischen Nichtbehinderten und Behinderten ist gegenwärtig vor allem durch das Prinzip der Absonderung bestimmt. Dies steht in einem auffallendem Gegensatz zu den allorts bekundeten Willensäußerungen, die auf eine weitestmögliche Integration in allen Lebensbereichen hinzielen. Offen klafft hier - wie so oft - eine Lücke zwischen Worten und Taten, die es zu beseitigen gilt. Es geht nicht darum, die objektiven Folgen einer Behinderung wegdiskutieren zu wollen, sondern um die alltäglichen Gedankenlosigkeiten in Bezug auf unsere behinderten Mitbürger und Mitbürgerinnen, die beispielsweise dazu führen, daß ausgerechnet vor dem behindertengerechten Aufzug noch ein bis zwei Stufen *Ziertreppe* gebaut werden - sicher ideal für Rollstuhlfahrer.

Viel beitragen zum Abbau dieser Gedankenlosigkeiten kann das bessere gegenseitige Kennenlernen von Menschen mit und ohne Behinderung. Deshalb setzt sich STATT Partei beispielsweise dafür ein, daß behinderte und nichtbehinderte Schüler wo immer möglich gemeinsam am Unterricht teilnehmen. Dies sogenannten Integrationsklassen dürfen nicht die Ausnahme, sondern müssen allorts selbstverständlich sein.

Auch auf dem Arbeitsmarkt besteht noch großer Handlungsbedarf. Zur Zeit besteht lediglich eine bürokratische Lösung mit Quotierungen und Ausgleichzahlungen für den Fall der Nichterfüllung. Daß selbst unter diesen Bedingungen die gesetzlich definierte Quote deutlich unterschritten wird, beweist, daß das Wissen, daß eine Beschäftigung eines Behinderten kein wirtschaftlicher Nachteil sein muß, noch lange nicht Allgemeingut ist.

## 8 Umwelt

Das Prinzip, daß Energieeinsparung und Abfallvermeidung Vorrang vor der Entsorgung hat, wird noch viel zu wenig in der Praxis umgesetzt. Im Augenblick befinden wir uns erst im Stadium der isolierten Einzellösungen, die für sich genommen lobenswert sind, aber den allumfassenden Ansatz vermissen lassen. STATT Partei fordert deshalb als ersten Schritt die Erstellung von regionalen und überregionalen Abfallbilanzen, um eine zuverlässige Entscheidungsgrundlage für die weiteren Problemlösungen zu gewinnen.

Gerade im Bereich Umweltschutz ist die Vernunft des einzelnen Bürgers weit besser entwickelt, als und Pessimisten weismachen wollen. Wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß selbst ein so umstrittenes Projekt wie der „ gelbe Sack „ von der Bevölkerung unterstützt wurde, kommt man zu dem Schluß, daß Aufklärung und Information oft mehr bewirken können als aufwendige Zwangsmaßnahmen.

Der Recycling-Gedanke, der in einigen Bereichen bereits mit großem Erfolg angewandt wird, ist nach und nach auf alle in Frage kommenden Bereiche auszudehnen. Ein Beispiel für einen noch unterentwickelten Bereich ist die Wasserwirtschaft. Man muß nur einmal daran denken, daß selbst für die Toilettenspülung trinkbares Wasser verwendet wird. Für viele Zwecke / Garten, Autowäsche ... ) ließe sich problemlos aufgefangenes Regenwasser verwenden. Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Recycling-Situation ist die Errichtung von Wertstoffbörsen, zunächst auf regionaler, später auf überregionaler Ebene.

Grundsätzlich sollte darauf hingewiesen werden, daß vieles, was wir als Müll bezeichnen, Rohstoffe sind, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen entsorgt, wiederaufbereitet und vertrieben werden müssen. Aufgabe des Staates ist dabei lediglich die Schaffung von Umweltstandards.

Unter dem Vorwand vom Umweltschutz und Ökologie läßt sich mit Leichtigkeit Bürokratismus und Genehmigungsterror inszenieren. Gedankenspiele über ökologische Steuerreformen kreisen regelmäßig um die Einführung neuer Steuern; niemals dagegen wird angesprochen, welche Steuern dafür abgeschafft werden sollen. STATT Partei wehrt sich gegen alle Versuche, den Umweltgedanken für politisches Machtkalkül zu instrumentalisieren.

## **9 Deregulierung**

### **9.1. Reduzierung von Gesetzen, Verordnungen und Personal**

Das Bewußtsein von dem, was des Staates und was nicht des Staates ist, unterliegt einer schleichenden Aufweichung. Die Politik hat kein klares Leitbild mehr. Man denkt in Maßnahmen, nicht in Ordnungen. Die Abkehr von der *totalitären Demokratie ohne Respekt vor Freiheit und Eigentum ihrer Bürger* wird zur dringenden Notwendigkeit.

Die Zahl der Gesetze und Verordnungen, denen sich der Bürger in Deutschland gegenüber sieht, hat beängstigende Ausmaße angenommen. Selbst Fachleute sind praktisch nicht mehr in der Lage, auch nur für ihr Spezialgebiet alle geltenden Regelungen und Normen zu überschauen. Die hat zur Folge, daß etliche Gesetze und Verordnungen gar nicht mehr sinnvoll angewendet werden können, weil die Voraussetzungen, unter denen sie eingeführt wurden, nicht mehr gegeben sind.

STATT Partei fordert den zügigen Abbau der Überreglementierung. Mit dem Abbau ist automatisch auch eine Rückführung der benötigten Stellen sowie der Sachkosten verbunden.

### **9.2. Effizienzsteigerung in der Verwaltung**

Während in der privaten Wirtschaft längst auf effiziente Handlungsabläufe geachtet wird, herrscht in der öffentlichen Verwaltung noch ein fröhliches „Durchwursteln“. Ein zeitgemäßes Controlling existiert noch nicht einmal in den Anfängen. Statt dessen wird mit Budgetierungsinstrumenten aus der Kameralistik gearbeitet, einem Rechnungslegungssystem aus dem 18. Jahrhundert, mit dem an den Fürstenhöfen die Einnahmen den Ausgaben angepaßt wurden. STATT Partei fordert anstelle dessen die Einführung eines zeitgemäßen Controllings, welches Kosten-/Nutzenanalyse, Soll-/Istvergleich usw. einschließt.

Jährlich decken der Bundes- und die Landesrechnungshöfe zahlreiche Fälle von Ineffizienz auf, deren Vermeidung den öffentlichen Kassen Milliardenbeträge sparen würden. Konsequenzen hieraus werden regelmäßig nicht gezogen. Eine Sanktionsfolge ist nicht vorgesehen. Dies muß sich ändern. Vermeidbare Ineffizienz darf grundsätzlich nicht folgenlos bleiben; außer in Fällen von nur untergeordneter Bedeutung haben Konsequenzen die jeweils Verantwortlichen auch persönlich zu treffen.

### 9.3. **Privatisierung**

Staatliche Instanzen beschäftigen sich im großen Stil mit Aufgaben, die sicher wichtig sind, jedoch keineswegs zwingendermaßen vom Staat wahrgenommen werden müssen. Bei solchen Aufgaben befindet sich der Staat in einem Legitimationswettbewerb, d.h. er muß den Nachweis führen, daß er diese Aufgabe besser löst als andere Institutionen. Wo dieser Nachweis nicht gelingt, ist Privatisierung die fällige Konsequenz. Beispiele aus den kommunalen Bereichen sind Energie- und Wasserversorgung, Nahverkehr, Müllabfuhr, Schwimmbäder, Bibliotheken ...

Auf Landesebene ist an Rundfunk und Lotteriegesellschaften, Flughäfen usw. zu denken. Wichtig für STATT Partei in diesem Zusammenhang ist, daß es nicht zu sogenannten Scheinprivatisierungen kommt, d.h. daß Versorgungsbetriebe zwar in AG's, GmbH's oder Landesbetriebe umgewandelt werden, deren Mehrheit nach wie vor im Staatsbesitz bleibt.

### 9.4. **Entbürokratisierung**

Nicht genug damit, daß der Staat seine internen Angelegenheiten nach Bürokratenart betreibt, er zwingt auch den einzelnen Bürgern ein unverträgliches Maß an Bürokratie auf. Immerhin stammt von keinem Geringeren als Altbundeskanzler Helmut Schmidt der Ausspruch, er sei inzwischen nicht mehr in der Lage, seine Wasserrechnung zu verstehen. Jeder einzelne, der über seiner Steuererklärung oder seinem Antrag für Arbeitslosengeld sitzt, spürt am eigenen Leib, daß staatliche Ineffizienz nicht am Behördentor haltmacht, sondern auch außerhalb des Staatssektors erhebliche Ressourcen bindet.

Besonders folgenreich wird das Problem bei Personenmehrheiten, z.B. Unternehmen. Die aufgezwungene Personaladministration aufgrund Lohnsteuer, Sozialversicherung und amtlicher Statistik, ganz zu schweigen von der Bürokratie, die aus unserem unübersichtlichen Arbeitsrecht resultiert, verteuert im Ergebnis den Faktor Arbeit und ist damit Teil unseres Standortproblems.